

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 66 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Rudolf Schöfberger
MdB zu einem bayeri-
schen Jubiläum: 35
Jahre CSU-Herrschaft
in Bayern.

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein
MdB zu Absichten der
Giftmüllentsorgung in
Rußland: Atomexplo-
sion zur Giftmüllbesei-
tigung?

Seite 2

Dokumentation

Auf einem Treffen der
Vorsitzenden der So-
zialdemokratischen
und Sozialistischen
Parteien der EG am
9./10. Oktober in Brüs-
sel, wurde eine Erklä-
rung über die Lage in
Europa verabschiedet,
die wir im Wortlaut
wiedergeben.

Seite 3

47. Jahrgang / 199

15. Oktober 1992

35 Jahre CSU-Herrschaft in Bayern

Die Götterdämmerung ist bereits angebrochen

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB

Nur ältere Menschen erinnern sich an die letzte sozialdemokratische Regierung in Bayern. Jüngere glauben gar, die CSU selbst hätte den Freistaat erfunden, sie regiere jedenfalls seit unvordenklichen Zeiten.

Am 16. Oktober 1957 wählte der Bayerische Landtag mit 100 gegen 83 Stimmen den CSU-Vorsitzenden Hanns Seidl als Nachfolger des Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner zum neuen Bayerischen Ministerpräsidenten. Seither herrscht die CSU ununterbrochen.

In diesen 35 Jahren hat die CSU manches gut und richtig gemacht, wenn auch oft nach jahrelangem Zögern und auf gesellschaftlichen Druck, wie es die Art einer konservativen Partei eben ist. Dennoch, der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft ist ohne allzu große Verwerfungen geglückt. Heimatvertriebene sind integriert. Natur und Umwelt werden jedenfalls im Prinzip geachtet und geschützt, wenn nicht gerade ein gigantomanischer Kanal gebaut wird. Viele Sozialeinrichtungen sind beachtlich. Die Schulen sind, wenn auch auf jahrelanges Drängen der SPD und anderer, schließlich reformiert worden. Vier neue Universitäten sind hinzugekommen. Bayern ist bei allen Problemen im Detail insgesamt lebens- und liebenswert geblieben. Wir Sozialdemokraten verlangen keine politischen Zauberkunststücke und anerkennen all das, was wir auch nicht besser hätten machen können.

In der Bilanz 35jähriger unumschränkter Herrschaft einer konservativen Partei stehen aber viele Passiva, bei denen die CSU-Herrschaft leider auch bundesweite Spitzenwerte erzielen konnte:

- Die drastisch verminderten Einkommenschancen bei höchster Arbeitslosigkeit in weiten Teilen Bayerns.
- Die blanke Unterversorgung ganzer Regionen mit weiterführenden Schulen und ohne ausreichende Berufschancen für junge Menschen.
- Der Mangel an Fachkliniken und Fachärzten in Mittel- und Kleinstädten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendete Druckerei
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



- Die Landflucht in die Ballungsräume, die aus allen Nähten platzen.
- Das dramatische Waldsterben mit Spitzenwerten unter allen alten Bundesländern.
- Die Verseuchung eines Drittels aller Trinkwasseranlagen mit Nitrat und Atrazin.
- Museumseisenbahnen und "Sardinienschiffe" als Pendlerzüge, die neben Raumfahrtzentren verkehren.
- Bodenspekulation und Wohnungsnot mit bundesweiten Höchstmieten in Ballungsräumen.
- Bayerische Spitzenwerte im Außenhandel mit Waffen und Rüstungstechnologien.
- Das ungehemmte Bauernsterben und die Verödung vieler Dörfer.

Von zahlreichen Skandalen, in die CSU-Politiker verstrickt waren (Fort Haslang, Baulandaffäre Finck, Mega-Petrol, Raiffeisenbank, Landesbank, Schaik-Goldokowski u.a.) wollen wir heute schweigen. Das ist alles naturwüchsig, wenn eine Partei zu lange regiert, weil dann auch Raffer, Gauner, Koffergangster, Schieber und Betrüger um sie herumtanzen, wie die Motten ums Licht.

Weitaus tragischer für Bayern und seine politische Kultur ist der in 35 Jahren vollzogene offenkundige Wandel von einer Demokratie des sozialdemokratischen Verfassungsvaters Hoegner zur konservativen Demokratie des "Kräftigen Hinlangens": Schwarzfunk, Sendeverbote, Berufsverbote, KOMM, Wackersdorf, Polizeigewahrsam, 467 rechtswidrige Verhaftungen beim Weltwirtschaftsgipfel, Fall Donaukurier und vieles mehr.

Da rächt es sich, daß eine Partei ein halbes Menschenalter lang unumschränkt regieren und sich mittlerweile einbilden darf, ihre Herrschaft wäre gottgewollt und ewig, ihr gehöre alles, vom Schützenverein bis zum Bayerischen Rundfunk, von der Caritas bis zum Verfassungsgerichtshof, vom Kindergarten bis zur Universität und letzten Endes der Freistaat selbst. Wenn sich dann unzählige (nicht alle) Beamte, Richter, Verbandspräsidenten und Intendanten an dieser Staatspartei ausrichten, wie Eisenfeilspäne am Magneten, ist es nicht mehr gut bestellt um die Demokratie in Bayern.

Englische Konservative würden nach 35 Jahren Herrschaft ihrer eigenen Partei um der Demokratie willen den Rat geben: It's time for a change!

Wir Sozialdemokraten meinen: 35 Jahre Alleinherrschaft einer Partei sind genug! Die CSU sollte nach so langer Zeit die Chance der geistigen und personellen Erneuerung in der Opposition bekommen. Dafür werden wir 1994 werben. Die Götterdämmerung ist bereits angebrochen.

(-/15. Oktober 1992/ks/ks)

Atomexplosionen zur Giftmüllbeseitigung?

Bundesregierung muß Klarheit schaffen - weiteres Abwarten unverantwortlich

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

**Stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit**

Es ist Greenpeace zu verdanken, daß die Pläne der russischen Staatsfirma Chetok aufgedeckt wurden, rd. 40.000 t Chemiewaffen und Giftmüll auf der Atomtestinsel Novaja Semlja in der Barentssee durch unterirdische Atomexplosionen zu "verbrennen". Gegenüber diesen ungeheuerlichen Absichten, deren Verwirklichung für große Teile Europas verheerende Folgen haben könnte, legt die Bundesregierung eine erstaunliche Gelassenheit an den Tag. Fazit ihrer Antworten:

1. Die Bundesregierung sei darüber informiert, daß es auf russischer Seite "Überlegungen" gebe, den Bestand an chemischen Kampfstoffen sowie Gift- und Atommüll durch unterirdische Nukleardetonationen zu vernichten.
2. Es sei ihr ferner bekannt, daß die Moskauer Fa. Chetek eine breite Palette möglicher Dienstleistungen (!) anbiete, darunter auch eine "garantierte und umweltfreundliche Vernichtung hochgiftiger Chemikalien und Industrieabfällen".
3. Die Bundesregierung ist auch darüber unterrichtet, daß sich die Fa. Chetek um in- und ausländische Kunden für ihre bereits anwendungsreifen Technologien bemühe; nach Auffassung der Firma selbst sei die Vernichtung von chemischen Giftstoffen durch Nuklearexplosionen "derzeit noch nicht anwendungsreif".

Offensichtlich ist es für die Bundesregierung, vertreten durch den Bundesumweltminister, kein Grund zur Beunruhigung, daß an solchen Methoden gearbeitet wird und es nur eine Frage der Zeit sein könnte, bis sie angewendet werden. Hier ist unverzügliches Handeln erforderlich!

Wenn die Bundesregierung versichert, daß sie jegliche Kernexplosionen aus grundsätzlichen Überlegungen ablehne und selbst konventionelle Technologien anwende, und daß sie ihre ablehnende Haltung auch der russischen Regierung gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, so gibt es keinen Grund, an dieser Aussage zu zweifeln; allerdings kann es damit nicht sein Bewenden haben. Denn hier steht mehr auf dem Spiel, nämlich die Gesundheit von Menschen, die Gefahr riesiger Naturzerstörungen und die Frage nach der Bewohnbarkeit ganzer Regionen.

Deshalb ist zu fordern:

- die Bundesregierung muß, nicht allein in der Person des Bundesumweltministers, sondern auch des Außenministers, umgehend tätig werden und ihre Haltung auch gegenüber der Bevölkerung offen darlegen
- sie muß gemeinsam mit den skandinavischen und osteuropäischen Staaten und der Europäischen Gemeinschaft die entschiedenste Ablehnung dieses Vorhabens sowie der bereits laufenden Vorbereitungen in Moskau vertreten
- ferner muß die Bundesregierung aktiv werden, um in Erfahrung zu bringen, ob und inwieweit deutsche Firmen an der Entwicklung solcher Technologien beteiligt sind oder als mögliche "Kunden" von der russischen Firma zur Giftmülllieferung angeworben werden.

Eine atomare Giftmüllvernichtung ist kein verantwortbarer Weg. 6 Jahre nach Tschernobyl sollte sich wenigstens diese Einsicht durchgesetzt haben, daß jegliches Hantieren mit Atomexplosionen tödliche Gefahren bergen kann. Daher muß auch bloßen theoretischen Gedankenspielen dieser Art ein eindeutiges übernationales Stoppsignal entgegengesetzt werden.

(-/15. Oktober 1992/ks/ks)

DOKUMENTATION

Europa der zwei Geschwindigkeiten vermeiden

Auf dem Sondergipfel der Vorsitzenden der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der EG und Österreichs und der Regierungsvertreter dieser Länder am 9./10. Oktober in Brüssel, an dem für die SPD Herta Däubler-Gmelin, MdB, Stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, teilnahm, wurde folgende Erklärung verabschiedet, die wir im Wortlaut veröffentlichen;

Die Vorsitzenden der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft und Österreichs und die Regierungsvertreter, bei ihrer Sitzung in Brüssel am 10. Oktober,

- 1) betonen erneut mit äußerstem Nachdruck und in großer Sorge über die wirtschaftliche Lage in Europa, die Währungsinstabilität und das Anwachsen der Arbeitslosigkeit ihr Eintreten für ein dauerhaftes und nicht-inflationäres Wirtschaftswachstum, ein hohes Beschäftigungsniveau und die wirtschaftliche und soziale Kohäsion;
- 2) begrüßen die Zustimmung des französischen Volkes zum Referendum über die Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union und wünschen, daß diese so schnell wie möglich, ohne weitere Nachverhandlungen des Vertrages, vollendet wird; dieses schließt Bemühungen um erforderliche Erläuterungen, Klärungen und Verdeutlichung nicht aus. Bringen ihren Wunsch zum Ausdruck, die Isolierung Dänemarks zu verhindern, dessen Beitrag zur Entwicklung einer Gemeinschaftspolitik große Bedeutung hat;
- 3) sind der Auffassung, daß die Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union und eine Vereinbarung über die künftige Finanzierung der Gemeinschaft bereits eingegangene Verbindlichkeiten sind, welche es erlauben, die Erweiterung der Gemeinschaft in Angriff zu nehmen. In diesem Falle wünschen sie für Anfang 1993 die Aufnahme formeller Verhandlungen mit Österreich und den anderen Ländern, zu denen die Kommission eine positive Empfehlung abgegeben hat oder abgegeben wird, und daß diese Verhandlungen ohne Verzögerung geführt werden. In diesem Zusammenhang wiederholen die Vorsitzenden ihre Forderung, daß die Maßnahmen, die im Paket Delors II vorgesehen sind, und welche die Kohäsion als einen der Pfeiler der europäischen Entwicklung hervorheben, so schnell wie möglich geprüft und angenommen werden.
- 4) bekräftigen die Notwendigkeit:
 - die Transparenz von Entscheidungen auf Gemeinschaftsebene sicherzustellen,
 - eine bessere Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, unter anderem durch Dialog und verstärkte Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten zu gewährleisten,
 - das Prinzip der Subsidiarität zu verdeutlichen, das besagt, daß Entscheidungen auf der Ebene getroffen werden, wo dies in effizientester und demokratischer Weise möglich ist, wobei das Gleichgewicht zwischen den Institutionen erhalten bleiben muß. Diese Verdeutlichung muß jeden Mißbrauch sowie jede Möglichkeit zur Verwässerung ausschließen;
- 5) bekräftigen, daß die Währungsstabilität eine der Grundvoraussetzungen für dauerhaftes Wirtschaftswachstum ist, und daß übereinstimmende Anstrengungen schnellstens unternommen werden sollten, um Investitionen und ein abgestimmtes Wirtschaftswachstum zu fördern und um neue Arbeitsplätze in der Gemeinschaft zu schaffen. In Anbetracht der derzeitigen Schwierigkeiten des EWS ist es erforderlich, eine engere Absprache über die gemeinsamen Ziele der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und eine wirksamere Solidarität zu fördern, um eine Gemeinschaft der zwei Geschwindigkeiten zu vermeiden; bekräftigen erneut ihren gemeinsamen Willen, ein soziales Europa aufzubauen und bedauern die Haltung der konservativen britischen Regierung, die den Bürgern des Vereinigten Königreichs die in dem sozialen Kapitel verankerten Vorteile und Schutzmaßnahmen vorenthält;
- 6) bekräftigen erneut ihren Willen, eine demokratische, solidarische und soziale Gemeinschaft aufzubauen, die ein Zukunftsprojekt für die europäischen Bürgerinnen und Bürger sowie eine Garantie für den Frieden darstellt.

Wir fordern die Bundesregierung gleichfalls auf, alle Anstrengungen auf dem Gipfel zu unternehmen, damit endgültig die Entscheidung über den Sitz der Europäischen Zentralbank in Frankfurt/Main fällt. Dies ist für die Akzeptanz des Maastricht-Prozesses in der Bevölkerung von großer Bedeutung.

Außerdem muß die Bundesregierung endlich die gleichberechtigte Vertretung der fünf neuen Bundesländer durch 18 Abgeordnete im europäischen Parlament durchsetzen.

Dem Deutschen Bundestag sollten diese Entscheidungen bei der abschließenden Lesung des Ratifizierungsgesetzes vorliegen.

(-/15. Oktober 1992/rs/fr)